

Welche Ziele wollen wir uns stecken? Überlegungen zur Strategie der Linken.

Politische Strategien der Linken beginnen mit einer Analyse.

1

Wir erleben, wie das kapitalistische System mit seiner Profitorientierung immer wieder und zunehmend an seine Grenzen stößt. Der Kapitalismus ist nicht mehr in der Lage, für die Mehrheit der Menschen grundlegende Lebensbedingungen zu ermöglichen. Soziale Absicherung - Wohnen, Gesundheitsversorgung, Bildung, Ernährung - sind für die Mehrheit der Menschen nicht garantiert. Die Grundlagen des Lebens – Umwelt, Meere, Wasserressourcen, fruchtbare Böden und das Klima – werden zerstört.

Das gilt verschärft für die Länder des Südens. Das betrifft nun auch vermehrt die industrialisierten Länder des Nordens.

Das kapitalistische System ist in einer ernsten Krise.

2

Die Wirtschaftskrise in Deutschland begann im zweiten Halbjahr 2019. Schon da ging die deutsche Wirtschaft auf Talfahrt: Die Inlandskonjunktur fiel unter das Niveau von 2011 zurück. Ebenso rutschten die Auftragseingänge aus der Eurozone auf den Stand von 2011. Im August 2019 wird beim ifo-Index ein Absturz registriert, der sich rasant auf die Wirtschaftswerte in der großen Krise 2008/2009 zubewegt.¹

Die deutsche Wirtschaft ist in einer ernsten Krise.

3

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Maßnahmen überdecken die Wirtschaftskrise und verschärfen sie enorm. Arbeitslosigkeit und Firmenpleiten verteilen die Kosten der Pandemie in extrem ungerechter Weise. Mit acht bis zehn Millionen Kurzarbeitern wird gerechnet und über 700 000 Unternehmen sind von Arbeitslosigkeit oder hohen wirtschaftlichen Verlusten betroffen.²

Das Bundeswirtschaftsministerium erwartet für das laufende Jahr einen Rückgang des BIP von über 6 Prozent und sieht optimistisch ein Wachstum im kommenden Jahr von 5 Prozent. Das alles ist keineswegs fundiert.

Die Wirtschaftskrise wird ganz offensichtlich nicht kurzfristig zu Ende sein.

1 Makroskop, September 2019

Makroskop, Mai 2020: „Der Economic Sentiment Indicator (ESI), den die europäische Kommission für die Eurozone veröffentlicht, ist im April wiederum sehr stark gefallen. Zusammen mit dem schwachen Ergebnis vom März, ist er in zwei Monaten so stark gefallen wie in der gesamten Finanzkrise von 2008/2009. Der Beschäftigungsindikator liegt sogar unter dem bisher niedrigsten Wert von 2009. Auch die Kapazitätsauslastung in der Industrie ist nach der Umfrage der Kommission auf einen Stand gefallen, der so niedrig ist wie am tiefsten Punkt von 2009.“

2 Statistik der Kurzarbeit, Bundesagentur für Arbeit im März 2020; Makroskop, April 2020 und Mai 2020.

4

Die Größe des Aktienmarktes im Verhältnis zur Größe der Wirtschaft ist auf dem höchsten Stand aller Zeiten. Die nach der letzten Krise 2008 erkämpften Regulierungen wurden abgeschmolzen. Das führt wieder zu geringeren anstatt höheren Eigenkapitalvorschriften für Banken und damit steigt die Instabilität des Finanzsystems an.³

Noch immer können Banken staatliche Rettungsmaßnahmen erpressen. Das gefährliche „to big to fail“-Problem wurde nicht entschärft, große Finanzinstitute wurden nicht entflochten. Wissenschaftliche Studien belegen, dass es einen direkten Zusammenhang gibt zwischen dem Volumen von Finanzblasen und den Folgen für die Realwirtschaft beim Platzen der Blasen.⁴

Cum Ex Geschäfte oder Geldwäsche wurden nicht wirksam unterbunden. Nach wie vor schütten Banken lieber Dividenden aus, statt stärkere Eigenkapitalpuffer zu bilden.

Die Gefahr einer Finanzkrise ist dementsprechend hoch.⁵

5

Das Ausmaß der jetzigen Krise wird mehr Geldmittel erfordern, als bisher bereitgestellt wurden. Die Frage ist, ob Konzerne und Großbanken, die in den vergangenen Jahren riesige Profite eingefahren haben, staatliche Finanzspritzen erhalten oder aber der kleine Mittelstand und die arbeitende Bevölkerung. Löhne und Einkommen der Mehrheit der Menschen dürfen nicht zurückgefahren werden, denn das würde einem raschen Aufschwung den Garaus machen.

Die Rolle des Staates bei der Lenkung der Wirtschaft muss wachsen.

Die Zeit der Schwarzen Null ist vorbei.

6

Die Produktivkräfte sind im Umbruch. Digitale Technologie wird zur treibenden Kraft für die Entwicklung des Kapitalismus, seiner Struktur und politischen Verfasstheit. Digitale Wirtschaft dient vor allem der Verbesserung der Effizienz, der Optimierung. Das betrifft die globale Arbeitsteilung, die Produktionsorganisation, die Tendenz zur Monopolisierung, den Konsumsektor und das Konsumverhalten, die Arbeitsbedingungen und die Ausbeutung der Arbeitskraft, die Anlagemethoden und -möglichkeiten des Finanzkapitals, Forschung und Entwicklung, militärische und

3 CNBC, Januar 2020 und Makroskop, Januar 2020

4 The National Bureau of Economic Research: Vermögenspreisblasen und Systemrisiko, April 2019

5 Zur Erinnerung: 2008 führte die Finanzkrise weltweit zu 30 Millionen Arbeitslosen und 60 Millionen Menschen rutschten in Armut. Die auf 70 Milliarden berechneten Rettungskosten, die Deutschland damals aufbrachte, übersteigen sämtliche sozialen Wohnbauprojekte, Kita-Verbesserungen, Investitionen in den Gesundheitssektor, in die Bildung oder in Glasfaserausbauprogramme.

politische Machtverhältnisse uvm. In der darauf reagierenden Umgestaltung des Arbeitsprozesses drohen Arbeitsverdichtung, Veränderungen der Qualifikationsanforderungen und daraus folgend mehr soziale Unsicherheit und Arbeitslosigkeit.

In der Krise kontert das Kapital mit Zentralisierung, Monopolisierung und Innovationen bei den Produktivkräften. Durch die zentrale Bedeutung des Konsums wird es nicht mehr nur darum gehen, neue Märkte zu erschließen, sondern Märkte zu besitzen (amazon).

Diese Veränderungen werden die sozialen Konflikte verschärfen. Der Staat wird eine wichtige Rolle spielen: Die Entwicklung der Produktivkräfte überschreitet selbst die Möglichkeiten großer Konzerne. Und entweder schaltet sich der Staat als Finanzier des Monopolkapitals ein (Grundlagenforschung, Auftraggeber, Rettungsanker, Absicherung der Märkte und Ressourcen) oder als Regulierer und zur sozialen Absicherung der Bevölkerung.⁶

7

Wir haben es mit einem Umbruch in der globalen Machtverteilung zu tun. Die BRICS-Länder haben ihren Anteil am Welt-BIP seit von 2000 bis 2017 von 15,8 auf 31,9 % verdoppelt. Nach Kaufkraftparitäten, und die messen eher die reale Wirtschaftskraft eines Landes, hat China die USA bereits überholt und wird diesen Vorsprung sehr wahrscheinlich ausbauen. Im Jahr 2050 wird Indien die USA vom zweiten Platz verdrängt haben. An vierter Stelle wird Indonesien stehen, unmittelbar dahinter Brasilien und Mexiko. Deutschland, 2017 auf Rang 5, wird 2030 auf Platz 8 zu finden sein und 2050 auf Platz 10.⁷ Auch wenn Prognosen nicht immer so eintreten, ist deutlich: Der Süden ist dabei, den Norden, oder wie das früher hieß: den Westen zu überholen. Und ebenso klar ist: der Norden will seine Vormachtstellung nicht aufgeben, er will sie vielmehr mit allen Mitteln, auch und vor allem militärisch, verteidigen.

Deutschland bekennt sich zu dieser Strategie des „Der Norden first!“

Mit der Akzeptanz, die Rüstungsausgaben auf 2 Prozent des BIP zu erhöhen und damit auf 80 Milliarden zu steigern, unterstützt die deutsche Regierung die Vormachtstellung und die Absicherung der Märkte und Ressourcen für das Kapital. Der Kampf darum, wie der gesellschaftliche Reichtum eingesetzt wird – für die Reichen und Mächtigen oder für die Mehrheit der Bevölkerung – beinhaltet deshalb zentral Abrüstungsfragen.

6 Zum Beispiel: Digitaler Kapitalismus – sein Aufstieg, seine charakteristischen Merkmale und seine Risiken, isw München

7 Nach Prognosen des International Monetary Fund

Welche Schlussfolgerungen ziehen wir daraus?

1

Es reicht nicht aus, sich mit Tagesfragen zu befassen, Mißstände anzuprangern und über parlamentarische Mehrheiten nachzudenken.

Linke Politik muss verdeutlichen, dass der Kapitalismus immer Krisen und Kriege hervorbringen wird. Eine profitgetriebene Wirtschaft kann die sozialen und grundlegenden Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen nicht sichern.

Der Kapitalismus muss überwunden werden.

Es gibt Politikfelder, in denen diese Perspektive aufgemacht wurde:

Immobilienfirmen enteignen, System Change not Climate Change oder gegen Privatisierung öffentlichen Eigentums.

Doch spielten die Eigentumsverhältnisse in vielen großen Auseinandersetzungen eine untergeordnete Rolle. Es ging in großen Bewegungen um Menschenrechte, Demokratieforderungen, Rechtsentwicklung, Rassismus. Diese Bewegungen sind wichtig und müssen unsere Unterstützung haben!

Denn diese Fragen hängen eng mit dem kapitalistischen System zusammen. Das müssen wir aufzeigen: Der Kapitalismus in Bedrängnis greift zu repressiven Methoden, schert sich wenig um Demokratie, versucht Menschen gegeneinander zu hetzen, befördert Faschismus und trägt den Krieg in sich, wie die Wolke den Regen.⁸ Die Skandalisierung dieser Erscheinungen muss in unserem Auftreten verbunden werden mit der Idee, den Kapitalismus zu überwinden.

2

Die Wirtschaftskrise wird zu großen sozialen Verwerfungen führen. Die Krise wird nicht kurzfristig beendet sein und um die Folgekosten der Krise wird es Auseinandersetzungen geben (müssen).

Soziale Fragen stehen deshalb an erster Stelle unserer Politik!

Hier können wir uns weder auf eine Zuschauerposition oder mediale Statements noch auf parlamentarische Initiativen beschränken. Wir müssen uns praktisch einmischen und Vorreiter bei sozialen Auseinandersetzungen sein. Wir müssen als Kämpfer*innen für soziale Gerechtigkeit präsent sein.

Dazu braucht es eine entsprechende politische Orientierung: Die Leitungsgremien der Partei haben die Aufgabe, soziale Gerechtigkeit nachhaltig auf die Tagesordnung zu setzen. Ganz konkret. Für Parteigliederungen nachvollziehbar und praktisch umsetzbar.

⁸ „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen“ Zitat von Jean Jaurès

Kampagnen für soziale Probleme sollen eine breitere Verankerung in der Partei bekommen! Beispiele gibt es: Rentenkampagne, Pflegenotstand stoppen, Bezahlbare Miete statt fatter Rendite... Mehr davon!

Viele Fragen sind dabei wichtig:

Wie arbeiten wir in Gewerkschaften? Wie unterstützen wir Kolleg*innen in unserer Region bei ihren betrieblichen Kämpfen? Wie werden wir Anlaufstelle für Menschen, die um ihre Existenz bangen? Wie arbeiten wir, damit sich arbeitende Menschen und sozial deklassierte Menschen bei uns einbringen können? Wie initiieren wir selbst soziale Proteste? Wie stellen wir die Eigentumsfrage? Wie verbinden wir die Themen vor Ort mit unseren politischen Zielen? Wie verbessern, unterstützen und verstetigen wir die Arbeit unserer Basisorganisationen? Wie die Politische Bildung?

3

Wir sollten die Forderungen zuspitzen.

Mehr staatliches Engagement, mehr staatliche Verantwortung:

- Ein massives Investitionsprogramm für den öffentlichen Sektor: Ausbau des Gesundheitswesens, der Bildung und des sozialen Wohnungsbaus!
- Investitionen in den Klimaschutz! Keine Steuergelder für die Autoindustrie – Stattdessen mehr Geld für die Deutsche Bahn und den Öffentlichen Personennahverkehr. Ausbau der alternativen Energien.
- Ein Sofortprogramm für den kleinen Mittelstand. Das nötige Geld wird den Reichen als Krisenabgabe abgezogen.
- Mehr Geld für die Kommunen! Vermögenssteuer jetzt!
- Höhere Löhne und Ankurbeln der Binnennachfrage: Erhöhung des Mindestlohns auf 13 Euro! Dauerhaft monatlich 500 Euro mehr für Beschäftigte im Gesundheitswesen - Keine Abspeisung mit 1000 Euro Einmalzahlung!
- Kein Lohnverzicht und keine krisenbedingte Mehrarbeit sondern Arbeitszeit verkürzen! Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich! Hierzu ist die – nicht einfache – Kommunikation und Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften notwendig.
- Und nicht zuletzt dürfen die Rüstungsausgaben nicht weiter steigen! Wer in dieser Krise 50 Milliarden für Militär ausgibt und plant, das auf 80 Milliarden jährlich zu steigern, dem geht es nicht um die Sicherheit der Bevölkerung!

4

Der Neoliberalismus ist gescheitert. Er weiß es nur noch nicht oder will es nicht wahrhaben. Wir können seinen Abgang beschleunigen! Gegen den Neoliberalismus

braucht es eine Phalanx. Es braucht nicht nur eine soziale Idee, sondern eine soziale Offensive.

Statt auf rot-rot-grün und eine Regierungsbeteiligung im neoliberalen System zu hoffen, sollten wir Bündnisse schließen.

In Bündnissen arbeiten politisch und weltanschaulich unterschiedliche Menschen und Organisationen für ein konkretes Ziel zusammen. Ihre Positionen in anderen Politikfeldern werden akzeptiert und nicht diffamiert, solange sie im demokratischen Spektrum sind.

Die Verantwortung des Staates fordern inzwischen viele Menschen ein.

Privatisierungen werden nicht mehr einfach akzeptiert. Die Austrocknung der Sozialsysteme wollen viele Menschen nicht. Von hohen Mieten und Armut sind viele betroffen. Viele lehnen ab, dass Milliardenhilfen an große Konzerne gehen, die dann Arbeitsplätze abbauen und ihre Aktionäre mit satten Dividenden versorgen. Es gibt sicher eine Mehrheit, gegen die Verdopplung des Rüstungsetats und gegen die anwachsende Kriegsgefahr. 55 Prozent der Deutschen finden sogar, dass der Kapitalismus mehr schadet als er nützt.

Von diesen gemeinsamen Kämpfen wird auch abhängen, ob sich die Rechtsentwicklung verschärft, ob staatliche Stellen auf dem rechten Auge blind bleiben oder die Polizei repressiv das System verteidigt. Wenn viele Menschen erleben, dass Linke nicht nur reden sondern aktiv sind und Veränderungen anstoßen, kann Links die Alternative sein. Lasst uns gemeinsam mit diesen Menschen die Stimmung in unserem Land verändern!

5

Die großen Umbrüche durch die Digitalisierung müssen besser analysiert werden. Meist werden die positiven Möglichkeiten für die Wirtschaft und die Vorteile für jeden Menschen benannt. Von links werden Risiken beim Datenschutz und die Gefahr der Überwachung thematisiert. Welche Auswirkungen die so genannte Industrialisierung 4.0 auf die gesellschaftlichen Verhältnisse haben wird und wie dies die Möglichkeiten beeinflussen wird, die Gesellschaft antikapitalistisch zu gestalten, braucht noch wissenschaftlichen Support.

Was bedeutet für die arbeitenden Menschen die Schlagworte „Flexible Produktion“, „Wandelbare Fabrik“, „Intelligente Vernetzung von Maschinen und Abläufen“ oder „Optimierte Logistik“? Welche Arbeitsbedingungen werden damit geschaffen? Welche Bedingungen bestehen dann für soziale Kämpfe? Wie werden sich die Waffensysteme und die Kriegsführung verändern? Welche positiven Auswirkungen – zum Beispiel mit bei einer ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft oder im Umweltschutz– können entstehen?

Wichtige Frage: Welche Aufgaben hat der Staat, die Gesellschaft, um negative Auswirkungen einzugrenzen? Welche Ziele werden durchgesetzt, um die Produktivkraftentwicklung für die Mehrheit der Menschen zu nutzen und nicht für den Profit?

6

In der Friedensfrage darf es kein Wanken geben! Nicht nur die gigantischen Rüstungsausgaben von fast zwei Billionen Dollar schaden der Welt. Die Signale stehen derzeit auf Sturm! Die Gefahr eines bewaffneten Konflikts oder gar eines Krieges ist größer geworden.

Eine Linke kann keinen Auslandseinsätzen der Bundeswehr zustimmen und keinen Waffenexporten. Eine Linke kann keine Manöver an den Grenzen Russlands und in Konfliktherden dulden, keine Boykottmaßnahmen gegen Venezuela oder den Iran, zum Beispiel mit der Begründung, dass es dort keine Demokratie gebe. Eine Linke kann keinem Boykott von Ländern zustimmen, nur weil sie dem Westen unbotmäßig erscheinen. Eine Linke kann auch nicht der Stimmung nachgeben, die UNO sei nicht mehr zeitgemäß und der Westen – inklusive Deutschland – müsse in der Welt für „Sicherheit“ sorgen.

Eine Linke steht für Frieden. Kompromisslos.